Detailansicht des Registereintrags

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH

Aktuell seit 10.11.2026 11:38:49

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R006442
Ersteintrag:	19.01.2024
Letzte Änderung:	10.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.10.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Revaler Str. 100 10245 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4915253095389 E-Mail-Adressen: europeinquiries@refugeerights.org Webseiten: www.refugeerights.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25
1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25
0,06

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Kristine Rembach**
   Funktion: Co-Director

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Dr. Corinna Ujkašević**
2. **Therese Herrmann**
3. **Elisa Anne-Marie Claudia Costadura**
4. **Kristine Rembach**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (3):
Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
IRAP Europe gGmbH ist tätig im Bereich Asyl und Flüchtlingsschutz, Aufenthaltsrecht und Migration und bietet unentgeltliche Rechtsberatung, rechtliche Vertretung und Interessenvertretung von Geflüchteten mit Schwerpunkt legale Zugangswege, insbesondere Familienzusammenführung an. IRAP setzt sich darüber hinaus für strukturelle Verbesserungen der Verfahren insbesondere im Bereich Familienzusammenführung und humanitäre Visa ein, durch direkte Anschreiben, Positionspapiere oder fachpolitische Roundtable mit Politiker:innen, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreter:innen des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. **Resettlement und humanitäre Aufnahme wieder aufnehmen und ausbauen**

   Beschreibung:
   IRAP setzt sich dafür ein, dass legale und sichere Zugangswege für Schutzbedürftige von der aktuellen Bundesregierung wieder aufgenommen und in Zukunft ausgebaut und rechtssicherer ausgestaltet werden. Grundlage dafür bildet – neben IRAPs anwaltlicher Arbeit – der Bericht “Humanitäre Visa und Aufnahmeprogramme: Rechtslage und Praxis in Deutschland” sowie IRAPs Arbeit mit Schutzbedürftigen in Erstaufnahmestaaten.

   Betroffenes geltendes Recht:
   AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

2. **Keine Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte**

Beschreibung:
IRAP spricht sich, unter anderem im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestags im Juni 2025, gegen die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten aus und plädiert für die Einhaltung grund- und menschenrechtlicher Vorgaben. Durch Einführung einer Stichtagsregelung sollen Personen von der Aussetzung des Familiennachzugs ausgenommen werden, denen bereits der subsidiäre Schutzstatus erteilt wurde. Sofern die Aussetzung wirksam wird, darf sie auf keinen Fall über einen Zeitraum von 2 Jahren hinaus verlängert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/321 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507240029** (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2025 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Zugang zu effektiven Einzelfallüberprüfungen beim Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte**

Beschreibung:
Während der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiäre Schutzberechtigte soll es weiterhin effektiven Zugang zur Überprüfung von grund- und menschenrechtlich begründeten Familiennachzugsansprüchen in Einzelfällen geben. Personen mit subsidiären Schutz sollen Zugang zu einem Antragsverfahren haben, das transparent und rechtssicher ausgestaltet ist. Die Kriterien für humanitär oder völkerrechtlich begründete Einzelfallvisa nach §22 AufenthG müssen für den Familiennachzug an die Anforderungen der

Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverwaltungsgerichts zu Art. 8 EMRK und Art. 6 GG angepasst werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf die zumutbare Dauer von unfreiwilligen Familientrennungen.

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

4. **Zugangshürden beim Familiennachzug zu Schutzberechtigten abbauen**

Beschreibung:
IRAP setzt sich auf Grundlage seiner anwaltlichen Arbeit für den Abbau von rechtlichen und praktischen Hürden im Familiennachzug zu Schutzberechtigten ein. Familien von Schutzberechtigten in Deutschland sollen rechtssichere Familiennachzugsanträge stellen können, ohne exzessive Wartezeiten und bürokratische Hürden in Kauf nehmen zu müssen. Sie müssen Zugang zu verständlichen Informationen über die Abläufe, Fristen und ihre Rechte im Verfahren haben. Wenn Personenstandsdokumente nicht zumutbar besorgt werden können, müssen alternative Formen der Glaubhaftmachung der Identität und Familienverhältnisse möglich sein. Wo Familien nur unter hohen Kosten und Risiken zum Standort einer Deutschen Botschaft reisen können, müssen alternative Formen der Antragstellung ermöglicht werden.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 09/24 bis 08/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 09/23 bis 08/24

Jahresabschlussbericht-per-31-08-2024_Signed-KAR.pdf